

An das Stadtparlament

W i n t e r t h u r

Beantwortung der Schriftlichen Anfrage betreffend Weiterentwicklung und Anpassungsbedarf der Winterthurer Suchthilfe im Kontext neuer Konsumformen, eingereicht von Stadtparlamentarierinnen M. Sorgo (SP-Fraktion) und B. Helbling-Wehrli (SP-Fraktion)

Am 02. März 2026 reichte die Stadtparlamentarierin Maria Sorgo (SP-Fraktion) und Stadtparlamentarierin Beatrice Helbling-Wehrli (SP-Fraktion) namens der SP-Fraktion folgende Schriftliche Anfrage ein:

«Die Ausrichtung der Winterthurer Suchtpolitik hat sich über viele Jahre bewährt und wurde fachlich fundiert weiterentwickelt. Angebote wie Die Anlaufstelle DAS und die heroingestützte Behandlung tragen wesentlich zur Stabilisierung von Menschen mit Suchterkrankungen und zur Entlastung des öffentlichen Raums bei.

Die aktuellen Veränderungen bei Konsumformen und Substanzen, insbesondere bei Kokain und Crack, machen deutlich, dass Städte und Gemeinden gefordert sind, ihre bestehenden Angebote aufgrund dieser neuen Entwicklungen einzuordnen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Ein aktueller Artikel im Tages-Anzeiger zur Crack-Thematik im Kanton Zürich zeigt diese Notwendigkeit deutlich auf.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

- 1. Welche relevanten aktuellen Veränderungen sieht der Stadtrat im Konsumverhalten illegaler Substanzen im Vergleich zu den letzten Jahren?*
- 2. Wie beurteilt der Stadtrat die aktuelle Entwicklung im Konsum von Kokain und Crack in Winterthur, insbesondere hinsichtlich Konsumverhalten, Konsum im öffentlichen Raum und gesundheitlicher Risiken?*
- 3. Auf welche Erkenntnisse und Beobachtungen relevanter Fachstellen (wie DAS, heroingestützte Behandlung, Polizei) stützt sich der Stadtrat bei dieser Einschätzung?*
- 4. Unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Kriterien würde der Stadtrat eine vertiefte Prüfung zusätzlicher schadensmindernder Angebote für angezeigt halten?*
- 5. Welche grundsätzliche Haltung nimmt der Stadtrat zu Konsumräumen beziehungsweise zu anderen Formen geschützter Konsumorte ein – insbesondere im Hinblick auf Rauchkonsum?»*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1:

«Welche relevanten aktuellen Veränderungen sieht der Stadtrat im Konsumverhalten illegaler Substanzen im Vergleich zu den letzten Jahren?»

Mit der Schliessung der offenen Drogenszene am Letten in der Stadt Zürich im Jahr 1995 verschwand der Drogenkonsum in den Folgejahren immer mehr aus dem öffentlichen Raum. Möglich machte dies das Konzept der dezentralen Drogenhilfe, welches Unterstützungsstrukturen für Suchtkranke im ganzen Kanton Zürich schuf. Während die Gemeinden respektive die Bezirke in Zusammenarbeit mit lokalen Trägerorganisationen für den Aufbau zuständig waren, finanzierte der Kanton Zürich die lokalen Strukturen mit. Das damals vorherrschende Problem Heroinsucht

kombiniert mit der Verbreitung ansteckender Krankheiten (HIV, Hepatitis) konnte so in den folgenden Jahren wirksam eingedämmt werden.

Spätestens ab den 2000er Jahren rückte das Thema Heroinkonsum immer stärker in den Hintergrund. Im Rahmen der Leistungsüberprüfung 2016 hat der Kanton entschieden, die Subventionierung der dezentralen Drogenhilfe per 1.1.2017 einzustellen¹ und damit die Verantwortung für die Betreuung von suchtkranken Menschen vollständig den Gemeinden zu übertragen.

Obwohl Suchterkrankungen mit dem Schwerpunkt Heroin aus der öffentlichen Wahrnehmung und dem öffentlichen Raum weitgehend verschwunden sind, bestehen sie weiterhin. Der intravenöse Konsum von Suchtmitteln findet heute grösstenteils in Privatwohnungen oder spezialisierten Einrichtungen (Abgabestellen respektive Konsumräumen) statt. Das Heroin-/Methadon-Programm der Stadt Winterthur, eingeführt im Jahr 1995, betreut bis heute mehr als 250 Personen aus dem gesamten Bezirk. Während aktuell der Konsum von Opioiden (beispielsweise Heroin/Diaphin) eher konstant ist und die Konsumierenden mehrheitlich ältere Personen sind, ist beim Konsum von stimulierenden Substanzen europaweit eine Zunahme festzustellen. Der Hintergrund ist die hohe Verfügbarkeit von Kokain. Die Droge ist heute in stärkerer Konzentration («reiner») zu einem tieferen Preis für breite Bevölkerungsschichten zugänglich. Allgemein ist festzustellen, dass heute Drogen weniger intravenös und mehr geraucht oder nasal konsumiert werden. Zudem verändern sich Konsumformen teilweise rasch, etwa durch neue Substanzen oder neue Arten des Konsums.

Der nasale Konsum von Kokain ist in allen Bevölkerungsschichten verbreitet und findet meistens im Privaten statt. Crack/Freebase wird hingegen vermehrt im öffentlichen Raum von Personen geraucht, die bereits seit mehreren Jahren von einer Suchterkrankung betroffen sind. Grossstädte respektive kleinere Städte mit Zentrumsfunktion (bspw. Brugg) sind seit einigen Jahren mit wachsenden öffentlichen Drogenszenen konfrontiert. Das von der Städteinitiative erstellte Papier [Crack – Orientierungshilfe für Städte und Gemeinden](#) gibt eine gute Übersicht zum aktuellen Stand in der Schweiz und zeigt beispielhaft auf, welche Massnahmen erfolgversprechend sein können.

Zur Frage 2:

«Wie beurteilt der Stadtrat die aktuelle Entwicklung im Konsum von Kokain und Crack in Winterthur, insbesondere hinsichtlich Konsumverhalten, Konsum im öffentlichen Raum und gesundheitlicher Risiken?»

Auch in Winterthur nehmen Fachpersonen eine zunehmende Bedeutung von Kokain wahr. Während Kokain in Pulverform in allen Bevölkerungsschichten konsumiert wird, wird Crack/Freebase meistens durch bereits langjährig suchtkranke Personen geraucht. Die zuständigen Fachstellen stellen in diesem Zusammenhang eine Verlagerung des Konsumverhaltens in Richtung Crack fest. Der Konsum von Crack kann zu massiven körperlichen Schäden, insbesondere zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Lungenschädigungen, führen. Psychisch verursacht die Substanz häufig Angststörungen, Verfolgungswahn und stark depressive Phasen. Zudem geht der Gebrauch mit körperlichem Verfall durch Schlafmangel, Mangelernährung und einem geschwächten Immunsystem einher. Fachpersonen, die in der Anlauf- und der Abgabestelle mit Betroffenen zusammenarbeiten, stellen bei Konsumierenden vor allem den starken körperlichen Abbau sowie erhöhte Aggressivität fest.

Der öffentliche Konsum findet gemäss Einschätzung von Polizei und Prävention und Suchthilfe mehrheitlich im Umfeld der Anlaufstelle DAS und in der Region Merkurplatz/Stadtgarten statt. Die Stadtpolizei Winterthur stellt im Vergleich zum Vorjahr keine Zunahme des Konsums von Kokain

¹ Vgl. [RRB Nr. 556/2016. Der Beschluss begründete der Regierungsrat mit dem Umstand, dass die mit den Trägerorganisationen geschaffenen Strukturen inzwischen etabliert seien, sich die Situation suchtmittelabhängiger Menschen in den letzten Jahren stark verbessert habe und diesen Menschen ein breites und differenziertes Betreuungsangebot zur Verfügung stehe. Hinzu komme, dass die Erbringung von Sozialhilfeleistungen gemäss Sozialhilfegesetz grundsätzlich den Gemeinden obliege.](#)

und Crack fest. Nach heutigem Kenntnisstand bewegt sich der öffentliche Konsum unter dem Niveau anderer Städte. Der Grund dafür ist noch unklar, Untersuchungen dazu laufen.

Zur Frage 3:

«Auf welche Erkenntnisse und Beobachtungen relevanter Fachstellen (wie DAS, heroingestützte Behandlung, Polizei) stützt sich der Stadtrat bei dieser Einschätzung?»

Die Einschätzung des Stadtrats stützt sich auf Rückmeldungen und Beobachtungen verschiedener Fachstellen in der Stadt. Dazu gehören insbesondere die Mitarbeitenden der Anlaufstelle DAS, der Integrierten Suchthilfe Winterthur mit der heroingestützten Behandlung sowie der Stadtpolizei Winterthur. Diese Stellen stehen in regelmässigem Austausch miteinander und melden Veränderungen oder neue Beobachtungen frühzeitig weiter. Neben den operativen Austauschgesprächen zwischen der Stadtpolizei und den Sozialen Diensten findet der übergeordnete Austausch im Rahmen der Kommission Steuerung Suchtpolitik, dem Drogenausschuss sowie der Begleitgruppe DAS statt. Zusätzlich werden Erkenntnisse aus dem Kanton Zürich, aus anderen Städten sowie aus Fachpublikationen und nationalen Netzwerken berücksichtigt. Die Kombination aus praktischen Erfahrungen vor Ort und fachlichem Austausch hilft, Entwicklungen möglichst früh zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren.

Seit letztem Herbst betreibt zudem die Stadt Zürich einen Raum für Konsum und Triage, der Konsumierenden ohne Wohnsitz in der Stadt Zürich einen geschützten Rückzugs- und Aufenthaltsort mit Konsummöglichkeit bietet.² Seit der Eröffnung im Oktober 2025 wurden an diesem Ort gut 150 auswärtige Personen registriert, wovon knapp die Hälfte anderen Zürcher Gemeinden zugeordnet werden können. Von diesen wiederum entfallen ca. 10% auf die Stadt Winterthur.

Zur Frage 4:

«Unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Kriterien würde der Stadtrat eine vertiefte Prüfung zusätzlicher schadensmindernder Angebote für angezeigt halten?»

Die Stadt Winterthur verfügt über ein breites Angebot zur Unterstützung von suchtkranken Personen. Die Anlaufstelle DAS ermöglicht einen niederschweligen Zugang zu den Sozialen Diensten, eine Tagesstruktur und bei Bedarf eine warme Mahlzeit. Da die Besuchendenzahlen seit Corona wieder stark ansteigen, wurde das Team erweitert. Momentan wird das Angebot täglich von 100 bis 130 Personen frequentiert.

Im Wohnbereich werden rund 70 Personen durch Wohnbegleitungen unterstützt. Mit dem seit 2023 laufenden Housing-First-Pilotprojekt mit mittlerweile 30 Plätzen wurde der Zugang zu Wohnraum für von Obdachlosigkeit betroffene Einzelpersonen verbessert und ein bedeutender weiterer Schritt im Bereich der Schadensminderung vollzogen.

Suchtbetroffene werden durch die Stadt im Rahmen der Integrierten Suchthilfe Winterthur (ISW) nicht nur psychologisch begleitet, sondern auch durch die Abgabe von Methadon und Heroin stabilisiert. Rund 250 Personen aus der Region Winterthur nehmen dieses Angebot wahr. Auch nach der Einstellung der kantonalen Subventionen für die dezentrale Drogenhilfe³ hat die Stadt Winterthur ihre Leistungen weitergeführt und teilweise sogar aufgrund der Bedarfsentwicklung ausgebaut (Erhöhung der Stellenprozente DAS, Housing-First-Pilotprojekt).

Die Kommission Steuerung Suchtpolitik (KSS) hat die Hauptabteilung Prävention und Suchthilfe beauftragt, in Zusammenarbeit mit ihren Schnittstellenpartner:innen Entwicklungsoptionen für die

² Anders als bei den Kontakt- und Anlaufstellen für Stadtzürcher:innen liegt der Fokus auf der Triage und Weitervermittlung an die zuständigen Herkunftsgemeinden.

³ Vgl. FN 1.

dezentrale Drogenhilfe unter Berücksichtigung ihrer fachlichen, organisatorischen und finanziellen Auswirkungen zu prüfen. Ziel ist es, eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu schaffen und zu klären, ob und in welcher Form Anpassungen am Angebot in Winterthur (z. B. mit dem Betrieb eines Konsumraums/Konsumorts) sinnvoll sein könnten, um auch künftig angemessen auf Veränderungen im Konsumverhalten und neue Herausforderungen im Suchtbereich reagieren zu können. Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass solche Lösungen mit vielen Herausforderungen (Standortsuche, Finanzierung, Zielgruppe regional vs. rein städtisch) verbunden sind.

Der Stadtrat ist nicht grundsätzlich gegen weitere oder neue Angebote im Rahmen der Schadensminderung und erachtet solche dann als sinnvoll, wenn sich klare Hinweise auf eine verstärkte Problemlage zeigen. Dazu könnten beispielsweise eine deutliche Zunahme gesundheitlicher Notfälle oder eine zunehmende Belastung des öffentlichen Raums gehören. Ebenso muss gewährleistet sein, dass neu zu schaffende Angebote Wirkung erzielen und aus fachlicher Sicht sinnvoll sind. Darüber hinaus müssen die dafür eingesetzten Mittel verhältnismässig sein und den finanziellen Möglichkeiten der Stadt mit anteilmässiger Unterstützung gemäss dezentralem Drogenkonzept entsprechen.

Zur Frage 5:

«Welche grundsätzliche Haltung nimmt der Stadtrat zu Konsumräumen beziehungsweise zu anderen Formen geschützter Konsumorte ein – insbesondere im Hinblick auf Rauchkonsum?»

Wie bei Frage 4 dargelegt, ist der Stadtrat unter den erwähnten Voraussetzungen offen, in Richtung Konsumräume respektive geschützte Konsumorte zu denken. Der Stadtrat orientiert sich grundsätzlich an der in der Schweiz etablierten Suchtpolitik, die auf einem ausgewogenen Zusammenspiel der vier Säulen Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression beruht. Schadensmindernde Angebote spielen dabei eine wichtige Rolle, insbesondere wenn sie dazu beitragen, gesundheitliche Risiken zu reduzieren und Konflikte im öffentlichen Raum zu entschärfen.

Der Erfolg der Vier-Säulen-Politik kombiniert mit dem im Kanton Zürich ab den 1990er Jahren umgesetzten Konzept der dezentralen Drogenhilfe zeigt auf, dass Drogenproblematiken im Verbund gelöst werden müssen. Der Bedarf an Massnahmen im Bereich der Schadensminderung besteht im ganzen Kanton, wird aber vor allem in den grösseren Städten sichtbar. Dies ist ihrer regionalen Zentrumsfunktion geschuldet.

Wichtig erscheint dem Stadtrat daher, dass ein möglichst vollständiges Bild des Bedarfs im ganzen Kanton erstellt wird, bevor entschieden wird, welche Massnahmen wo umgesetzt werden. Ohne klare strategische und politische Ausrichtung besteht gemäss Stadtrat auch das Risiko, dass Angebote aufgebaut werden, die nicht genutzt werden. Momentan fehlen die Grundlagen auf Ebene Stadt sowie Kanton, um hier einen richtungsweisenden Entscheid zu fällen. Die Sozialkonferenz Kanton Zürich hat in diesem Zusammenhang auch eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, u. a. mit dem Ziel, langfristig die Versorgung im Kanton Zürich zu gewährleisten.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon